Bisherige Regelung	Mustersatzung HSGB / Entwurf der Geschäftsordnung	Erläuterung
<p>Aufgrund des § 82 Abs. 6 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) in der Fassung vom 01.04.1993 (GVBl. 1992 I S. 534), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23.12.1999 (GVBl. 2000 I S. 2), hat die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Braunfels am 21.06.2001 für die Ortsbeiräte folgende Geschäftsordnung beschlossen:</p>	<p>Aufgrund des § 82 Abs. 6 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 07.03.2005 (GVBl I S. 142) zuletzt geändert durch Art. 2 u. 3 des Gesetzes vom 11.12.2020 (GVBl. S. 915), hat die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Braunfels am XX.XX.2021 für die Ortsbeiräte folgende Geschäftsordnung beschlossen:</p>	<p>Reaktionelle Anpassung an neues Beschlussdatum und aktuellen HGO Stand.</p>
<p>§ 1 Aufgaben und Befugnisse des Ortsbeirates</p>	<p>§ 1 Aufgaben und Befugnisse des Ortsbeirates</p>	<p>Keine Veränderung</p>
(1)	(1)	Keine Veränderung
<p>(2) Stadtverordnetenversammlung und Magistrat hören den Ortsbeirat zu allen wichtigen Angelegenheiten, die den Ortsbezirk betreffen, insbesondere zu dem Entwurf des Haushaltsplanes. Die Anhörung erfolgt durch eine schriftliche Stellungnahme des Ortsbeirates, die innerhalb einer Frist von einem Monat an die oder den Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung bzw. an die Bürgermeisterin oder den Bürgermeister zu richten ist. Die oder der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung bzw. die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister kann die Frist in Einzelfällen angemessen verlängern oder kürzen. Äußert sich der Ortsbeirat verspätet oder gar nicht, so gilt dies als Zustimmung.</p>	<p>(2) Die Stadtverordnetenversammlung und der Magistrat hören den Ortsbeirat zu allen wichtigen Angelegenheiten, die den Ortsbezirk betreffen, insbesondere zu dem Entwurf des Haushaltsplanes. Die Anhörung erfolgt durch eine schriftliche oder elektronische Stellungnahme des Ortsbeirates, die innerhalb einer Frist von einem Monat an den Stadtverordnetenvorsteher bzw. an den Bürgermeister zu richten ist. Der Stadtverordnetenvorsteher bzw. der Bürgermeister kann die Frist in Einzelfällen angemessen verlängern oder kürzen. Äußert sich der Ortsbeirat verspätet oder gar nicht, so gilt dies als Zustimmung.</p>	<p>In Abs. 2 wird klargestellt, dass die Stellungnahme des Ortsbeirats auch in elektronischer Form erfolgen kann.</p>
<p>(3) Der Ortsbeirat muss nicht angehört werden zu Angelegenheiten, die den Ortsbezirk nur als Teil der Gemeinde insgesamt berühren. Dies gilt auch für den Erlass, Änderung oder Aufhebung von Ortsrecht, das für alle Ortsbezirke der Gemeinde unterschiedslos gilt und damit nur die Gesamtinteressen der Gemeinde angeht,</p>	<p>(3) Der Ortsbeirat wird nicht angehört zu Angelegenheiten, die den Ortsbezirk nur als Teil der Stadt insgesamt berühren. Insbesondere ist er nicht vor Erlass, Änderung oder Aufhebung von Ortsrecht zu hören, das für alle Ortsbezirke der Stadt unterschiedslos gilt und damit nur die Gesamtinteressen der Stadt angeht, welche die</p>	<p>Anpassung der Bezeichnung „Gemeinde“ hin zur Bezeichnung „Stadt“. Anpassung der Formulierung „muss nicht“ hin zu einem Verbot. Der Ortsbeirat darf in diesen Fällen nicht angehört werden, weil</p>

Synopse der Geschäftsordnung für die Ortsbeiräte der Stadt Braunfels

welche die Stadtverordnetenversammlung zu wahren hat.	Stadtverordnetenversammlung zu wahren hat.	die Entscheidung hierüber die Wahrung der Gesamtinteressen dient, die allein der Stadtverordnetenversammlung zustehen.
(4)-(6)	(4)-(6)	Keine Veränderung
(7) Vorschläge reicht der Ortsbeirat schriftlich bei dem Magistrat ein. Dieser legt sie mit seiner Stellungnahme der Stadtverordnetenversammlung vor, wenn diese für die Entscheidung zuständig ist. Die Stadtverordnetenversammlung entscheidet in angemessener Frist über Vorschläge des Ortsbeirates. Die oder der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung teilt die Entscheidung dem Ortsbeirat schriftlich mit.	(7) Vorschläge reicht er in schriftlicher oder elektronischer Form bei dem Magistrat ein. Dieser legt sie mit seiner Stellungnahme der Stadtverordnetenversammlung vor, wenn diese für die Entscheidung zuständig ist. Die Stadtverordnetenversammlung entscheidet in angemessener Frist über Vorschläge des Ortsbeirates. Der Stadtverordnetenvorsteher teilt die Entscheidung dem Ortsbeirat in schriftlicher oder elektronischer Form mit.	In Abs. 7 wird geregelt, dass auch die Vorschläge in elektronischer Form erfolgen können und dass der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung die Entscheidung dem Ortsbeirat in elektronischer Form mitteilen kann.
§ 2 Pflicht zur Teilnahme an den Sitzungen	§ 2 Pflicht zur Teilnahme an den Sitzungen	Keine Veränderung
§ 3 Treupflicht	§ 3 Treupflicht	Keine Veränderung
§ 4 Verschwiegenheitspflicht	§ 4 Verschwiegenheitspflicht	Keine Veränderung
Die Mitglieder des Ortsbeirates unterliegen der Verschwiegenheitspflicht des § 24 HGO. Sie haben über ihnen bei ihrer Tätigkeit bekanntgewordenen Angelegenheiten Verschwiegenheit zu bewahren, es sei denn, es handelt sich um offenkundige oder in öffentlichen Sitzungen behandelte.	Die Mitglieder des Ortsbeirates unterliegen der Verschwiegenheitspflicht des § 24 HGO. Sie haben über die ihnen bei ihrer Tätigkeit bekanntgewordenen Angelegenheiten Verschwiegenheit zu bewahren, es sei denn, es handelt sich um offenkundige oder in öffentlichen Sitzungen behandelte Angelegenheiten.	Hier erfolgt eine sprachliche Anpassung.
§ 5 Ordnungswidrigkeiten	§ 5 Ordnungswidrigkeiten	Keine Veränderung
II. Vorsitz im Ortsbeirat	II. Vorsitz im Ortsbeirat	Keine Veränderung
§ 6 Einberufen der Sitzungen	§ 6 Einberufen der Sitzungen	Keine Veränderung
(1)	(1)	Keine Veränderung

<p>(2) Die oder der Vorsitzende des Ortsbeirates beruft die Mitglieder des Ortsbeirates zu den Sitzungen des Ortsbeirates so oft wie es die Geschäfte erfordern ein. Eine Sitzung muß unverzüglich einberufen werden, wenn es ein Viertel der Mitglieder des Ortsbeirates, der Magistrat oder die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister unter Angabe der zur Verhandlung zu stellenden Gegenstände verlangt und die Verhandlungsgegenstände in die Zuständigkeit des Ortsbeirates fallen. Die Antragstellerinnen und/oder die Antragsteller haben eigenhändig zu unterzeichnen.</p>	<p>(2) Der Ortsvorsteher beruft die Mitglieder des Ortsbeirates zu den Sitzungen des Ortsbeirates so oft wie es die Geschäfte erfordern, jedoch mindestens viermal im Jahr. Eine Sitzung muss unverzüglich einberufen werden, wenn es ein Viertel der Mitglieder des Ortsbeirates, der Magistrat oder der Bürgermeister unter Angabe der zur Verhandlung zu stellenden Gegenstände verlangt und die Verhandlungsgegenstände in die Zuständigkeit des Ortsbezirks und hier des Ortsbeirates fallen. Der Antragsteller hat eigenhändig zu unterzeichnen.</p>	<p>Durch das Gesetz zur Verbesserung der politischen Teilhabe von ausländischen Einwohnerinnen und Einwohnern an der Kommunalpolitik sowie zur Änderung kommunal- und wahlrechtlicher Vorschriften vom 07.05.2020 (GVBl. S. 318) wurde § 82 Abs. 6 S. 1 HGO insofern geändert, dass der Ortsbeirat lediglich mindestens 4 Mal im Jahr zusammentritt. Dies wird entsprechend angepasst.</p>
<p>(3)</p>	<p>(3)</p>	<p>Keine Veränderung</p>
<p>(4) Einberufen wird mit schriftlicher Ladung an alle Mitglieder des Ortsbeirates und an den Magistrat sowie an die oder den Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung. Darin sind Zeit, Ort und Tagesordnung der Sitzung des Ortsbeirates anzugeben.</p>	<p>(4) Einberufen wird mit schriftlicher Ladung an alle Mitglieder des Ortsbeirates und an den Magistrat sowie an den Stadtverordnetenvorsteher. Darin sind Zeit, Ort und Tagesordnung der Sitzung des Ortsbeirates anzugeben. Die Schriftform kann durch die elektronische Form ersetzt werden, soweit dem Vorsitzenden eine schriftliche Einverständniserklärung unter Angabe der E-Mail-Adresse vorliegt.</p>	<p>Anpassung der Regelung an den elektronischen Sitzungsworkflow der Stadt Braunfels.</p>
<p>(5) Zwischen dem Zugang der Ladung und dem Sitzungstag müssen mindestens sechs volle Kalendertage liegen. In eiligen Fällen kann die oder der Vorsitzende die Frist verkürzen, jedoch muß die Ladung spätestens am Tage vor der Sitzung zugehen. Die oder der Vorsitzende muß auf die Verkürzung im Ladungsschreiben ausdrücklich hinweisen. Bei Wahlen müssen zwischen dem Zugang der Ladung und dem Sitzungstag stets mindestens drei Tage liegen.</p>	<p>(5) Zwischen dem Zugang der Ladung und dem Sitzungstag müssen mindestens drei volle Kalendertage liegen. In eiligen Fällen kann der Vorsitzende die Frist verkürzen, jedoch muss die Ladung spätestens am Tage vor der Sitzung zugehen. Der Vorsitzende muss auf die Verkürzung im Ladungsschreiben ausdrücklich hinweisen. Bei Wahlen müssen zwischen dem Zugang der Ladung und dem Sitzungstag stets mindestens drei Tage liegen.</p>	<p>Anpassung der Regelung an den gesetzlichen Wortlaut des § 82 Abs. 6 S. 1 i. V. m. § 58 Abs. 1 HGO.</p> <p>Im übrigen Anpassung an das bisher in der Praxis gelebte Vorgehen. Es bleibt unbenommen den Magistrat früher einzuladen. Allerdings ermöglicht die Frist von drei Tagen eine höhere Flexibilität.</p>
<p>§ 7 Vorsitz und Stellvertretung</p>	<p>§ 7 Vorsitz und Stellvertretung</p>	<p>Keine Veränderung</p>

III. Sitzungen des Ortsbeirates	III. Sitzungen des Ortsbeirates	Keine Veränderung
§ 8 Öffentlichkeit	§ 8 Öffentlichkeit	Keine Veränderung
§ 9 Beschlussfähigkeit	§ 9 Beschlussfähigkeit	Keine Veränderung
(1) Der Ortsbeirat ist beschlussfähig, wenn ordnungsgemäß geladen und mehr als die Hälfte der gesetzlichen Zahl der Mitglieder des Ortsbeirates anwesend ist. Die Beschlussfähigkeit gilt solange als vorhanden, bis das Gegenteil auf Antrag festgestellt wird.	(1) Der Ortsbeirat ist beschlussfähig, wenn ordnungsgemäß geladen und mehr als die Hälfte der gesetzlichen Zahl der Mitglieder des Ortsbeirates anwesend ist. Die Beschlussfähigkeit gilt solange als vorhanden, bis das Gegenteil auf Antrag festgestellt wird. Der Antragsteller zählt zu den anwesenden Mitgliedern.	Aufnahme der Bedingung gem. § 82 Abs. 6 S. 1 i. V. m. § 53 Abs. 1 HGO, dass der Antragsteller zu den anwesenden Mitgliedern gehören muss.
(2)	(2)	Keine Veränderung
(3) Besteht bei mehr als der Hälfte der Mitglieder des Ortsbeirates ein gesetzlicher Grund, der ihrer Anwesenheit entgegensteht, so ist der Ortsbeirat ohne Rücksicht auf die Zahl der anwesenden Mitglieder beschlussfähig.	(3) Besteht bei mehr als der Hälfte der Mitglieder des Ortsbeirates ein gesetzlicher Grund, der ihrer Anwesenheit entgegensteht (z. B. wegen Interessenwiderstreit gem. § 25 HGO) , so ist der Ortsbeirat ohne Rücksicht auf die Zahl der anwesenden Mitglieder beschlussfähig.	In Abs. 3 wird beispielhaft aufgeführt, wann ein gesetzlicher Grund vorliegt, der der Anwesenheit von Mitgliedern des Ortsbeirates entgegensteht.
§ 10 Teilnahme von Mitgliedern anderer Gremien und Gruppierungen	§ 10 Teilnahme von Mitgliedern anderer Gremien und Gruppierungen	Keine Veränderung
(1) Der Magistrat soH an den Sitzungen des Ortsbeirates teilnehmen. Er muß jederzeit zu dem Gegenstand der Verhandlung gehört werden. Gleiches gilt für die oder den Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung.	(1) Der Magistrat kann an den Sitzungen des Ortsbeirates teilnehmen. Er muss jederzeit zu dem Gegenstand der Verhandlung gehört werden. Gleiches gilt für den Stadtverordnetenvorsteher.	Änderung der Soll- in eine Kann-Vorschrift gem. § 82 Abs. 7 HGO.
(2) Die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister spricht für den Magistrat. Die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister kann eine von der Auffassung des Magistrates abweichende Meinung vertreten. In diesem Fall kann der Magistrat eine andere Beigeordnete oder einen anderen Beigeordneten als Sprecherin oder als Sprecher benennen.	(2) Der Bürgermeister spricht für den Magistrat. Der Bürgermeister kann eine von der Auffassung des Magistrats abweichende Meinung vertreten. Dabei hat er zunächst die Auffassung des Magistrates darzulegen und danach kann er seine eigene Auffassung vertreten. In diesem Fall kann der Magistrat einen anderen Beigeordneten als Sprecher benennen.	Ergänzung der Verfahrensweise, wenn der Bürgermeister eine abweichende Auffassung vertritt.
(3) – (6)	(3) – (6)	Keine Veränderung

IV. Gang der Verhandlung	IV. Gang der Verhandlung	Keine Veränderung
§ 11 Ändern und Erweitern der Tagesordnung	§ 11 Ändern und Erweitern der Tagesordnung	Keine Veränderung
§ 12 Ordnungsgewalt und Hausrecht	§ 12 Ordnungsgewalt und Hausrecht	Keine Veränderung
§ 13 Ordnungsmaßnahmen gegenüber Mitgliedern des Ortsbeirates und des Magistrats	§ 13 Ordnungsmaßnahmen gegenüber Mitgliedern des Ortsbeirates und des Magistrats	Keine Veränderung
(1) – (3)	(1) – (3)	Keine Veränderung
(4) Die oder der Vorsitzende kann ein Mitglied des Ortsbeirates oder des Magistrates bei wiederholtem ungebührlichem oder ordnungswidrigem Verhalten für einen oder mehrere, höchsten für drei Sitzungstage ausschließen. Die oder der Betroffene kann ohne aufschiebende Wirkung die Entscheidung des Ortsbeirates anrufen. Diese ist in der nächsten Sitzung zu treffen.	(4) Der Vorsitzende kann ein Mitglied des Ortsbeirates bei wiederholtem ungebührlichem oder ordnungswidrigem Verhalten für einen oder mehrere, höchsten für drei Sitzungstage ausschließen. Der Betroffene kann ohne aufschiebende Wirkung die Entscheidung des Ortsbeirates anrufen. Diese ist in der nächsten Sitzung zu treffen.	
V. Niederschrift	V. Niederschrift	Keine Veränderung
§ 14 Niederschrift	§ 14 Niederschrift	Keine Veränderung
(1)	(1)	Keine Veränderung
(2) Die Niederschrift ist von der oder dem Vorsitzenden sowie von der Schriftführerin oder dem Schriftführer zu unterzeichnen. Zu Schriftführern können nur Personen aus dem in § 61 Abs. 2 Satz 2 HGO bezeichneten Personenkreis gewählt werden . Die Schriftführerin oder der Schriftführer ist für den Inhalt der Niederschrift allein verantwortlich.	(2) Die Niederschrift ist von dem Vorsitzenden sowie dem Schriftführer zu unterzeichnen. Zu Schriftführern können nur Mitglieder des Ortsbeirates, Stadtbedienstete – und zwar auch solche, die ihren Wohnsitz nicht in der Stadt haben – oder Bürger gewählt werden . Der Schriftführer ist für den Inhalt der Niederschrift allein verantwortlich.	Aufnahme der Möglichkeit auch Bürger zu Schriftführern zu wählen.

<p>(3) Die Niederschrift liegt ab dem 14. Tage nach der Sitzung für die Dauer einer Woche im Rathaus, Zimmer 25, zur Einsicht für die Mitglieder des Ortsbeirates und die Mitglieder des Magistrates offen. Gleichzeitig sind den Mitgliedern des Ortsbeirates Abschriften der Niederschrift zuzuleiten. Dies kann auch durch elektronische Datenübertragung erfolgen, wenn dies zwischen der oder dem Vorsitzenden des Ortsbeirates und dem Mitglied des Ortsbeirates zuvor vereinbart wurde.</p>	<p>(3) Den Mitgliedern des Ortsbeirates sowie den Mitgliedern des Magistrates wird eine Kopie der Niederschrift zugeleitet. Dies kann auch in elektronischer Form erfolgen, wenn dies zwischen dem Vorsitzenden des Ortsbeirates und dem Mitglied des Ortsbeirates bzw. den Mitgliedern des Magistrats zuvor vereinbart wurde.</p>	<p>Durch das Gesetz zur Verbesserung der politischen Teilhabe von ausländischen Einwohnerinnen und Einwohnern an der Kommunalpolitik sowie zur Änderung kommunal- und wahlrechtlicher Vorschriften vom 07.05.2020 (GVBl. S. 318) ist § 61 Abs. 3 HGO insofern geändert worden, als die Offenlegung der Niederschrift nicht mehr erforderlich ist und es ausreichend ist, wenn den Mitgliedern eine Kopie der Niederschrift zugeleitet wird. Dies kann auch in elektronischer Form erfolgen.</p>
<p>(4) Mitglieder des Ortsbeirates sowie Mitglieder des Magistrates können Einwendungen gegen die Richtigkeit der Niederschrift innerhalb von fünf Tagen nach der Offenlegung bei der oder dem Vorsitzenden des Ortsbeirates schriftlich erheben. Über fristgerechte Einwendungen entscheidet der Ortsbeirat in der nächsten Sitzung.</p>	<p>(4) Mitglieder des Ortsbeirates sowie Mitglieder des Magistrats können Einwendungen gegen die Richtigkeit der Niederschrift innerhalb von fünf Tagen nach Übermittlung der Niederschrift bei dem Vorsitzenden des Ortsbeirates schriftlich erheben. Eine Einreichung der Einwendung durch E-Mail ist ausreichend. Die Einwendung ist zu begründen. Über fristgerechte Einwendungen entscheidet der Ortsbeirat in der nächsten Sitzung.</p>	<p>In Abs. 4 ist nunmehr geregelt, dass das Einwendungsrecht an die Übermittlung der Niederschrift anknüpft.</p>
<p>VI. Schlussvorschriften</p>	<p>VI. Schlussvorschriften</p>	<p>Keine Veränderung</p>
<p>§ 15 Anwendung ergänzender Vorschriften der HGO und der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung</p>	<p>§ 15 Anwendung ergänzender Vorschriften der HGO und der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung</p>	<p>Keine Veränderung</p>
<p>§ 16 In-Kraft-Treten</p>	<p>§ 16 In-Kraft-Treten</p>	<p>Keine Veränderung</p>
<p>Diese Geschäftsordnung tritt mit dem Tag der Beschlussfassung in Kraft. Zugleich tritt die Geschäftsordnung vom 05.12.1989 außer Kraft.</p>	<p>Diese Geschäftsordnung tritt mit dem Tag der Beschlussfassung in Kraft. Zugleich tritt die Geschäftsordnung vom 21.06.2001 außer Kraft.</p>	<p>Anpassung des neuen Datums.</p>